

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Februar 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf-, und alle sonstigen Reklamenaufzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 16

Krieg im Frieden!

In der letzten Januarnummer hat das Tarifamt die Einberufung des Tarifausschusses bekanntgegeben, was nach den kritischen Vorgängen während der letzten Wochen einer Kriegstagung unsres Gewereparlaments wohl in buchstäblicher Auffassung gleichkommen wird. Was die Redaktion in Nr. 13 dazu geschrieben hat, ist in seiner jedenfalls gewollten Kürze zutreffend, ebenso muß die Beleuchtung des Verhaltens der offiziellen Prinzipalität in Sachen der neuen Steuerungsulage durch den Leitartikel in Nr. 3 als richtig anerkannt werden. In den Mitgliedskreisen ist gewiß über diesen außerordentlichen Differenzfall zwischen Gehilfenschaft und Prinzipalität viel geredelt worden — wenn auch manchmal daneben —, und an kräftigen Protesten hat es auch nicht gefehlt. Aber es scheint mir, als ob die vier Artikel aus Kollegenkreisen noch gut um einen fünften vermehrt werden könnten, der mehr den bis jetzt wenig berührten Zusammenhängen nachgeben will, was bei dem kritischen Charakter der diesmaligen Verhandlungen des Tarifausschusses wohl nicht zweck- und wertlos sein dürfte. Trotz des hargen Raumes muß die Redaktion ja so vieles möglich machen, und wenn zur Abwechslung einmal ein Faktor, der als Leiter einer Parteidruckerei in einer mittleren Stadt noch manchen andern Einblick in die realen Verhältnisse erhält, das Wort nimmt, so dürfte das in dieser Zeit der Einarbeitung und Verwirrung kein Fehler sein. Das unbestreitbare Recht der Gehilfenschaft in dem obwaltenden Streit bis zum letzten Verstandenen, kommt man doch nicht um die Notwendigkeit herum, ja sie drängt sich für Kollegen, die nicht nur die Stunde oder gar nur die Minute sehen, direkt auf, auch hier die andre Seite nicht unberücksichtigt zu lassen. Den Prinzipalen jedoch muß die Erkenntnis zwingender gemacht werden, daß ihre Organisationsleistung in der an sich verständlichen Wahrung der Arbeitgeberinteressen eine ganz falsche Methode angewandt hat.

Die Tagesordnung des Tarifausschusses gleicht sich den ganz ungewöhnlichen Zeitumständen, unter denen wir im jungen freihheitlichen und demokratischen Deutschland ein ganz elendes Brevier kräften, in ihrem ersten Punkte in verblüffender Anpassungsfähigkeit an: Auserkennung der Beschlüsse des Tarifausschusses vom 19. Dezember bedeutet einen revolutionären Vorstoß! Acht Kreisvertreter der Prinzipale haben auf Geheiß des Deutschen Buchdruckervereins damit dokumentiert, daß man sich ganz modern zu geben vermag, ja sogar in radikal-unabhängigem und schließlich selbst in spartakistischem Fahrwasser zu legen vermag, wenn es auch mit dem Verständnis für zeitgemäße Böhne noch nicht recht klappen will. Die „Zeitschrift“, die einige in ihrer Schärfe auffallende Artikel über den Krieg im Frieden bei uns herausbrachte, hat indes von einer Uneinigkeit für die Praktiken der revolutionären Periode noch nichts erkennen lassen. Die Gehilfenschaft aber ist in den Revolutionsgedrängen noch nicht so weit vorgeschritten, daß sie das Hauptergebnis einer Tarifausschubtagung nach einigen Wochen völligen Insturz überantwortet wissen will. Noch niemals ist von ihrer Vertretung ein Antrag an unser Gewereparlament gerichtet worden, sich in einem Kardinalpunkte gefälligst total zu desavouieren. Wären die Gehilfen aber je von einem solchen Sabotierungseinfall heimgesucht worden, ganz gewiß wäre das wilhelmsche Deutsche Reich dann früher zugrunde gegangen. Was soll eigentlich dieser Aufhebungsantrag belagen? Will man der nach andern Anordnungen oder Vereinbarungen zwischen wirtschaftlichen Interessentengruppen vom Demobilisationsamt getroffenen zeitlichen Festsetzung der Steuerungsulagen-erhöhung bis 31. März d. J. lediglich vorbereitend ein Ende bereiten — nachdem durch einen Nachtrag zum Druckpreistarif schon hässliche Einrichtungen auf die neuen Lohn- und Preissätze stattgefunden hat! —, oder soll tatsächlich gemäß den bei der Auszahlung gemachten Vorbehalten sogleich abgebaut werden mit dem, was der 19. Dezember der Gehilfenschaft materiell gebracht hat? Die Unklarheit in dem revolutionären Willen ist also bei unsrer Prinzipalität ebenso groß, wie wir es tagtäglich zum Mißbehagen und oft auch zur Beschämung um uns herum sehen. Nach Versammlungsberichten im Prinzipalsorgan trägt man sich verschiedenenorts mit der Absicht, gegen die Hilfsarbeiter die bekannten tariflichen Bedenken wieder auszuspielen, um sie, die zum erstenmal auf dem Weg eines Tarifausschubbeschlusses berücksichtigt worden sind — eine erfreuliche Tatsache! —, von den neuen Steuerungsulagen auszuschließen. Wenn man immer noch nichts

gelernt hat in dieser Beziehung, dann könnte der Zeitpunkt jetzt ja geeignet sein, ganz gehörig Lehrgeld zahlen zu müssen. In Dresden und Leipzig wird man vor allem umzulernen haben. Aber eine andre Beleuchtung des Buchdruckertrats läßt sich reden; wie man von der letzten Gewerbetagung unsrer Organisation lesen konnte, bestehen auch in Gehilfenkreisen darüber Wünsche. Der dritte Punkt der Tagesordnung kann hier übergangen werden.

Rüden in der Tagesordnung scheinen mir insofern vorzuliegen, als von Gehilfen Seite lediglich Beschränkung in der Lehrlingsstellung gefordert wird. Dieser Antrag ist durchaus berechtigt und entspricht der auf der Leipziger Gewerbetagung darüber gepflogenen Aussprache. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß der Zutritt zu den vom Buchdruckgewerbe gebotenen Lehrlingmöglichkeiten jetzt ein beträchtlicher ist, was wohl als Folge der Einstellung der Kriegsinflurie und vielleicht auch auf die endlich erfolgte Aufbesserung des Kostgeldes zurückzuführen ist. Jedoch hätte auch die Wiederaufrichtung der drei Würzburger programmatischen Punkte zum Ausbau der Tarifausschüsse erwartet werden können. Zur Tagung des Tarifausschusses im Juli v. J. fand der von der Verbandsgeneralversammlung hierzu gegebene Anstoß zwar gegenseitig gute Vernehmung, von Prinzipalsseite aber nur in einer Richtung Gegenliebe. Das war bei der tariflichen Regelung des ganzen Lehrlingswesens. Wir steuern jetzt auf Ostern zu. Es werden da wieder maffig Produkte der Kriegslehre in die Gehilfenlaufbahn geworfen werden, und wieder wird man blaue Wunder über die Ausbildung erleben können. Da ist es doch wirklich an der Zeit, daß die im Tarifausschüsse bei den Juliberatungen bereits gewichtig angekündigte Lehrlingsordnung des Deutschen Buchdruckervereins „auf den Tisch des Hauses niedergelegt“ würde. Wskannt könnte auf diesem Gebiete von außerordentlicher Bedeutung ja in Gemäßheit der hierfür gefaßten Beschlüsse weitergearbeitet werden. Es wäre also wünschenswert, daß auch darüber am 14. Februar oder an den folgenden Tagen gesprochen werden würde. Die Hilfsarbeiterfrage dürfte bei dieser Gelegenheit ebenfalls nicht zu übergehen sein. Der schon erwähnte erfreuliche Fortschritt mit der Einbeziehung bei den Steuerungsulagen bietet Veranlassung zum Einhalten, um in diesem Schmerzenspunkte ganze Arbeit zu machen, wenn formell diesmal auch die Sache nicht verabschiedet werden kann. Jedenfalls möchte die Gehilfenschaft jetzt vernehmen, wie der Deutsche Buchdruckerverein sich nun offiziell zu dieser ewigen Frage stellt. Nachdem die tarifliche Arbeitgeberchaft des Steinrudgewerbes sich von der Umgestaltung der Dinge in Deutschland sogleich zu einer völligen Veränderung ihres Standpunktes bewegen ließ und auch durch den bekannten bedeutungsvollen Vertrag zwischen den großen Unternehmernverbänden und Gewerkschaften alle Tarifausschubshindernisse aus dem Wege geräumt worden sind, sollte es unsre Prinzipalität recht eilig haben mit der Bekundung, daß der eklatante Widerspruch — um nicht zu sagen: das Doppelspiel — in der Stellungnahme zur Gehilfenschaft einerseits und zur Hilfsarbeiterchaft im Buchdruckgewerbe andererseits endgültig aufhören soll. An der Ruhe in den Betrieben müßte doch die Prinzipale großes Interesse haben! Bei dem dritten Würzburger Punkte haben die Prinzipalsvertreter bekanntlich auf Betreiben des Deutschen Buchdruckervereins regelrechte Obstruktion geübt. Es war der erste Versuch, unter allen Umständen dem Verbands trotz seiner die ganze Tarifausschubausfüllende Bedeutung eine sachlich berechtigte größere Einflußnahme zu verhindern, und zugleich ein Mißfall in die Praktiken vergangener Zeiten, immer eiliche Eilen im Feuer zu haben. Wenn in Faktorenkreisen damals (Juli 1918) dieses vor dem Tarifausschub aufgeführte Theater nur erst wenig verstanden wurde, heute hat man in den Reihen meiner engeren Kollegen sicher größeres Verständnis für diese im Vereine mit der Faktoreneileitung bewerkstelligte Abschließung der Faktoren auf ein abseitiges Aufstellungsgeschehen. Man hört jetzt nicht mehr vereinzelte, sondern schon vielfach die Meinung, daß die Sache mit der Vertragsgemeinschaft doch eine rechte Übersetzung gewesen sei, und der Weg zur Tarifausschubhülle bevorzugt werden sollen. Privat kommt diese Ansicht natürlich schärfer zum Ausdruck, aber auch in Versammlungen äußert man sich bereits offener in dem Sinne eines begangenen schweren Fehlers. Von Dresden aus wurde dem Vorstande des Faktorenbundes sogar vorgehalten, warum die Faktoreneileitung nicht in den gewerblichen Körperchaften vertreten sei; der Buchdruckertrat wurde besonders genannt. Da die Faktoreneileitung mit Händen

und Füßen sich einer Einreihung in die Tarifausschub als besondere Gruppe widerlegt hat, kann es für die Anschließungsfreunde nur ein Gauium gewesen sein, als sie von dem an sich vernünftigen Verlangen der Dresdner Faktoren Kenntnis erhielten. Der Buchdruckertrat ist aber doch eine Verkleinerung des Tarifausschusses, vor dem die Herren Winkler, Kube usw. das in Berlin zeitliche Warnungsplakat aufgestellt haben: Halt! Wer weitergeht, wird erschossen! Daß auch in der Faktoreneileitung Krieg im Frieden ist, hat die erste, sehr gut besuchte Versammlung der Berliner Faktoren in diesem Jahre bewiesen, in der der Bundesvorsitzende nach einem von ihm gehaltenen Vortrage wegen des Verlaufs der Diskussion plötzlich sein Amt niederlegte. Die Sache ist zwar wieder eingelenkt, hat jedoch einen äußerst unangenehmen Eindruck hinterlassen. Winkler, der als starker Mann galt, ließ damit eine bedenkliche Schwäche seiner Position erkennen. Die „Graphische Welt“ scheint unterdes etwas von dem Zeitgeist berührt worden zu sein, denn ganz kürzlich wagte sie sich mit der Behauptung hervor, auch der Faktorenbund sei eine gewerkschaftliche Organisation. Daß sie in den feinerzeitigen Polemiken mit dem „Korr.“, der vor Würzburg schon die drei Ausbauten der Tarifausschub auf das Tapet gebracht hatte, strikt die Gegenansatzung vertrat, gehört auch zu dem, was man Treppenvoll der Faktorengeschichte nennt. Eine Revolution der Welt hat die jüngst von dem Hauptauschüsse der Vertragsgemeinschaft empfohlene einmalige besondere Steuerungsulage an die Faktoren hervorgerufen, indem sie vielfach mit den üblichen Weihnachtsgratifikationen als abgegolten betrachtet worden ist. So will aber auch das Faktoreneileitung die Sache nicht verstanden haben. In Samburg hat man mit Bedauern festgestellt, daß außer in sechs Fällen alle andern Faktoren „weit unter dem Maße für Gehilfen“ zurückblieben, d. h. auch bei der neuen Steuerungsulage. Leipzig aber muß ganz besonderen Grund zur Unzufriedenheit haben, denn es bedauerte lebhaft, „daß seitens unserer Prinzipale dem Worlaute dieser Bekanntmachung sehr wenig Rechnung getragen worden ist, was im Interesse des beiderseitigen Verhältnisses tief zu beklagen sei“. Da hat man die Gehilfen! Zum zweiten Male seit Bestehen der Vertragsgemeinschaft verlangt die Prinzipalität im großen und ganzen gegenüber der Faktoreneileitung, weil diese nicht auf feste Abmachungen drängt und sich von den Anstelltenorganisationen mit am wenigsten couragiert zeigt. Die vorwärtsstrebenden Faktoren können daher nur einen Fortschritt erwarten, wenn die Gehilfenvertretung wieder einen Vorstoß unternimmt in der von Würzburg und durch die Fortsetzungen angezeigten Richtung, die ja für die Tarifausschub auch das kleinste Drahtverhau beseitigen will. Man entschuldige das etwas längere Verweilen bei diesem Gegenstand, aber der Augenblick ist gar günstig, um die Aufmerksamkeit wiederholt auf einen Punkt zu lenken, mit dem die Prinzipalität sich ein weiteres Seitenstück zu dem Fonds für besondere Zwecke und zur Prinzipalsklasse gestellt hat, also unverhohlene Stellungnahme gegen die Gehilfenschaft. Da ich nun einmal im Zuge bin mit dem Entschenden von Anvollständigkeit an der Tagesordnung des Tarifausschusses, so sei auch das Vermessen einer Aussprache über die Entfernung der Erbschaften zugunsten arbeitsloser Kollegen, von denen leider übergenug vorhanden sind, erwähnt. In den Großstädten werden wohl die ergangenen Anweisungen des Buchdruckertrats und des Demobilisationsamts befolgt oder von den Kollegen mit Nachdruck gefordert werden, aber in den mittleren und den kleineren Druckorten ist manches nicht so einfach.

Der Krieg im Frieden, wie er sich in unfern heruntergewirtschafteten Gewerbe abspielt, zeigt immerhin eine gewisse Abklärung, wenngleich von Seiten der Prinzipale der Anwälte über die auferlegte neue Belastung mitunter ebenso unwichtig wie tafelnstrenge sich äußert. Es kann auch für die Gehilfenschaft nur deutlich sein, im beginnenden Stadium der ökonomischen Revolution sich über den klein-kapitalistischen Grundzug unsres Gewerbes klar zu werden, woraus sich ebenfalls mancherlei herleitet, was den Kollegen bei den Steuerungsulagenaktionen nicht behagen wollte. Mir stehen die statistisch wertvollen Jahresberichte der Buchdruckerberufsgenossenschaft zur Verfügung; für 1917 liegt der letzte vor. Diese Ziffern können als maßgebend für das Gesamtgewerbe gelten. Im Jahre 1914 konnte mit 8700 Betrieben die Höchstzahl der Druckereien und mit 18628 versicherten Personen (bei weitem nicht nur Buchdrucker) für 1913 die Höchstzahl der Beschäftigten festgestellt werden. Die Betriebe gingen infolge der Kriegsschwierigkeiten auf 8471 im Jahre 1917 zurück, während mit 138330 Versicherten in 1915 die niedrigste

Zahl der Beschäftigten erreicht wurde. 8471 Druckerelien mit 143821 Personen aller möglichen Beschäftigungskategorien sind für 1917 der letztmalige Effektivbestand. Und was zeigt sich schon bei dem ersten näheren Blick? Die kleinsten Druckerelien mit nur bis zu zwei beschäftigten Personen, die nicht einmal Buchdrucker zu sein brauchen, waren 1917 bis auf 3220, gleich nicht weniger als 33 Proz., aller Druckerelien angewachsen! So hat der Krieg betriebsverleinernd gewirkt, denn 1914 waren es 2394 Zwergebetriebe, 1907 nur 1530. Um ganzen wurden 1917 bloß 2556, gleich 1,8 Proz. der Gesamtheit der Verkerkeren, in den 3220 Betrieben beschäftigt; im Durchschnitt also nur 0,8 Personen auf eine Druckerlei. Das Gesamtbild vom Jahre 1917 nimmt sich nach sechs Größenunterschieden folgendermaßen aus:

	Druckerelien	In Proz.	Beschäftigte	In Proz.
Bis 10 Personen	6200	73,3	19432	13,2
Von 11 bis 50 Personen	1753	20,8	38260	26,6
„ 51 „ 100 „	282	3,3	19637	13,6
„ 101 „ 200 „	129	1,5	18047	12,5
„ 201 „ 300 „	48	0,6	11835	8,2
Über 300 Personen	45	0,5	37100	25,8

Gewiß wird, wenn die Kriegsschäden nicht mehr so nachwirken, der Kleinbetrieb wieder etwas zurückgedrängt werden. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dies bis zum Stande vor dem Kriege möglich sein wird, der ja schon ungünstig genug war. Nun haben jedoch alle Betriebsgrößen seit dem Jahre 1913 Rückgang in der Zahl der Druckerelien aufzuweisen, sogar die bei uns als Kleinbetriebe geltenden mit über 300 Personen haben sich von 65 auf 45 und von 39944 Beschäftigten auf 37100 vermindert. Diese beispiellos ungleiche Zusammensetzung des Buchdruckgewerbes hat die Teuerungszulagenbewegungen der Gehilfenschaft von vornherein auch wesentlich nachteilig beeinflusst, da ja die Tragfähigkeit der Firmen hierdurch von großer Unterschiedlichkeit ist. Allerdings haben sich nicht wenige Klein- und Mittelbetriebe bei den Teuerungszulagen direkt ausgezeichnet. Es ist nun äußerst beachtenswert, daß die Zwergebetriebe bei uns nicht in den kleinsten Druckerelien dominieren, sondern auch in ganz großen stark vorhanden sind. Hamburg dürfte darin voransehen. Die meisten der Minutaldruckstempel hat mit 643 die Berufsvereinssektion in dem hochindustriellen Abteilmittel-Berlin aufzuweisen. Es folgen (nach den Vororten benannt) Berlin mit 330, Stuttgart mit 378, Hamburg mit 308. Daraus erklären sich die Schwierigkeiten und Widerstände dem verkehrsmässigen Vorgehen der Gehilfenschaft wie den dann von Tarifauschüsse getroffenen Festsetzungen gegenüber zu einem beträchtlichen Teile; daß sie nicht immer gleich groß waren, resultiert aus Begleitumständen, auf die noch eingegangen werden soll. Im weitern geht aus dieser Darstellung unseres Gewerbes wohl hervor, wie ungeheuer schwer die geht in der Arbeiterchaft mit viel zu geringem Verständnis — je radikaler, desto weniger — behandelte Frage der Sozialsteuer gerade bei uns ist. Die Presse bietet schon ein unüberwindliches Hindernis, und angesichts des vorwiegend kleinkapitalistischen Charakters der Druckerelien würden Kaufhaus, Bernstein und andre sozialdemokratische Sachkundige jeder Richtung gewiß entschieden abzuweichen. Für uns Gehilfen aber würde nur die Arbeitslosigkeit noch vermehrt werden, wenn die auf sich unwirtschaftlichen Kleinbetriebe mittels der Zauberformel des so häufig ganz falsch verstandenen Sozialismus verschwinden müßten.

Das Durchbringen von sieben Teuerungszulagen mit den Einführungsfristen 1. April 1916, 1. Oktober 1916, 1. Mai 1917, 26. November 1917, 1. August 1918, 1. Dezember 1918 und 1. Januar 1919 war aber nicht allein durch die vorgeschilderten Verhältnisse ein schweres Stück für die Beauftragten der Gehilfenschaft, sondern die Prinzipalsanktionen beschieben — nach den vom „Korr.“ trotz der Nichtöffentlichkeit der Beratungen meistens handgreiflich klar gezeichneten Verhandlungsbildern zu urteilen, die dann von den in den Versammlungen referierenden Gehilfenvertretern Vervollständigung je nach Gesicht bis zum letzten Strich erlähren — überwiegend noch starke illusionäre Vorstellungen. Da sollte vor allem von Anzufriedenheit der Gehilfen nie etwas zu merken gewesen sein, und dafür wurde das eigene Personal angeführt, obwohl die Faktoren doch immer häufiger den Chefs Mitteilung von Zulagebegehren machen mußten, nur die Führer sorgten angeblich für das köstliche Bedürfnis. Dann hatte man auf Prinzipalsseite eine andre, größtentheils recht andre Auffassung von der Teuerung. Daß das Gewerbe jedesmal rettungslos dem Untergang ausgeliefert sein sollte, ist von den Tarifrevisionen her schon ein Argument von traditioneller Eigenschaft. Mit den sehr knappen Zulagen von 3 bis 10 Mk. im Monate (vier lange Wochen) fingen die Teuerungszulagen erst spät an, nahmen sich in ihrer neunfachen Steigerung recht heimlich aus und standen zu allem folge ihres freiwilligen Charakters (bis Dezember 1916) vielfach nur auf dem Papier. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Stollgenchaft verdient heute noch scharfen Tadel, daß man sich das bieten ließ. Mit aller Anerkennung soll jedoch auch von mir die Bereitwilligkeit auf Prinzipalsseite Herwerbgebung finden, die bis auf den heutigen Tag und ungeachtet vom Krieg im Frieden bei uns durch nachahmenswerte Beispiele in Gestalt von besonderen materiellen Bewilligungen der Hilfe aller Art — vornehmlich mit der Familienunterstützung — viel Gutes gestiftet hat. Der Gehilfenstellung ist manchmal, auch in den jüngsten Wochen hat es dieses zu gelungnen, der Vorkomm gemacht worden, nicht mit der nötigen Energie für angemessene Teuerungszulagen eingetreten zu sein. Es ist wohl möglich, daß auch unsere eigne Regierung die Hoffnung auf baldiges Kriegsende und kommenden Preisrückgang nicht nur einmal getrogen hat. Tatsache ist aber

auch, daß selbst von den Parteidruckerelien und den ihnen zugeordneten Instanzen die Bewilligung von Teuerungszulagen an die Buchdrucker mit größter Reserve und zum Teil mit direkter Abneigung behandelt wurde. Die Parteibücher befanden sich meistens durch starken Abwonnentum und Inerentenausfall in einer üblen Lage und wollten deshalb von Erhöhung des Bezugspreises usw. nichts wissen. Meines Wissens hat der Verbandsvorstand da manche unangenehme Erfahrung hinnehmen müssen. Es ist ja schon bei Kriegsausbruch in einigen Fällen und gerade von solchen Parteigehilfen, wo die Redaktionen in Glendmalerei für die Arbeiter große Übung zeigten, mit bürgerlichen Betrieben in Rücksichtslosigkeit gegenüber den eignen Luten förmlich gewalttätig worden. Dort, wo in dieser Woche abermals ein Trauerspiel des Bürgerkriegs geboten wurde und damals Karl Radetzki durch seine Feder den Vergiftungsprozess der Arbeiterchaft im ersten Stadium betrieb, sollte bei den recht allgemeinen Wohnkürzungen sogar unter das Minimum gegangen werden. Von andern ist nach Einbruch der Teuerungszulagenperiode drastisch veranschaulicht worden, daß die lösenden Worte über schlechte Bezahlung der Buchdrucker um Gotteswillen nicht wörtlich zu nehmen waren. Die Buchverleger mit ihren jafsam bekannten Einkücherungen blieben auch nicht faulos; sie betrieben das Einheulen unserer Prinzipale ja schon seit Jahrzehnten. So ergaben sich im Vereine mit der unverrückbaren Tatsache, daß unser Gewerbe ein arges Eitelkind in der Kriegshonjunktur war und blieb, für den Verbandsvorstand gewiß nicht so einfache Zwangslagen. Denn von den die Masse bildenden bürgerlichen Geschäften zeigten gerade recht große, daß Verständnis für die dem Glende aufreibende Lage der Personale anscheinend nicht vorhanden war. Erst als von der Gehilfenschaft mit größerer Entschiedenheit darauf gedrungen wurde, sich doch in allem besser bezahlen zu lassen und nicht auch noch in der Kriegszeit das traurige Kapitel der Schmutzkonkurrenz fortzuführen, wurde es anders. Es ist im ganzen, ausgegangen von dem seit 1912 geltenden Tarife, dann bis jetzt erreicht worden:

	Bei Lohnzulage von:				
	ohne	5Prz.	10Prz.	15Prz.	20Prz.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Tarifliches Minimum	27,50	28,87	30,25	31,62	33,—
Teuerungszulagen					
insgesamt	38,—	39,—	39,—	43,—	47,—
Gehiger Grundlohn	65,50	67,87	69,25	74,62	80,—
Prozentuale Steigerung seit 1912	138	135	128	136	142

Es verdient Anführung, daß einige Zwischenstufen bei den Lohnzulagen vorgelassen sind, die vielerorts eingetretene Lohnzulagensteigerung nicht berücksichtigt werden konnte, ein Überschreiten dieser Mindesthöhe jeder Firma gestattet ist und den Absatz von 3 Mk. für ledige Gehilfen der freundliche Leser selber vornehmen mag. Die absolute wie die prozentuale Zunahme ist an sich statlich, darf jedoch niemals mit solchen Ausdrücken des Erstaunens oder wohl gar des Entsetzens genannt werden, wie es in den letzten Wochen von Prinzipalsversammlungen gecheben ist. In einer lo ausnahmereichen Zeit kann nur der Reallohn einen Gradmesser bilden! Dann ergibt sich alles andre als eine ungeheure Lohnsteigerung, wie es u. a. auch in der kürzlich im „Korr.“ erschienenen Anzeiger über das bekannte Buch von Dr. Keller heißt, der aber selbst in seinen Schriften als Verfechter von hohen Löhnen auftritt.

Für die Teuerungsverhältnisse hat man einen vollauglichen Maßstab leider immer noch nicht. Entweder wird mit seinen Monatsstatistiken meistens zur Beurteilung herangezogen. Sie sind aber schon als zu niedrig angefochten worden und bilden zudem nur einen kleinen Teilausschnitt, nämlich den Wochenbedarf von 16 Nahrungsmitteln für eine vierköpfige Familie. Was sonst an Lebensmittel gebraucht wird und namentlich was über die jämmerlich geringfügige Rationierung hinausgeht, also zu den sehr hohen Kurien des Schleichhandels erworben werden muß, um nicht dem Hungeropfer zu verfallen, was weiter an Bedarfsartikeln, Haushaltungsgegenständen, Kleidung, Schuzeug, Brennstoffen, Beleuchtung und was noch für die Wohnung, an Steuern, für Verkehrsmittel usw. angeht, der überall enormen Steigerungen auswendig werden muß, macht aber erst das Kraut fett. So, daß einem Familienvater von Guttenbergs Obaden Stradts die Augen übergehen, wenn er sich von Calwer vorrechnen läßt, daß allein die bewußten 16 Nahrungsmittel es gegen das Jahr 1912 schon auf eine Steigerung von 127,17 Proz. gebracht haben. Wam Meie braucht da wirklich nicht bemüht zu werden. Eine Gegenüberstellung dieses nur den kleineren Teil der Versteuerung darstellenden Gabes mit dem der Gesamtsteigerung unseres Grundlohns ist doch ein einfaches, gewiß aber kein erhebendes Recheneispiel. Lohnwucher treiben die Buchdruckerelien also wahrlich nicht. Wenn von Über- oder Mienföhnen gesprochen wird, kann dabei gewiß nicht an unser Gewerbe gedacht werden. Produktionnehmende Löhne müssen auch die Kollegen als gefährlich erkennen. Aber Löhne, um in dieser von dem unbedeutenden Krieg angegrichteten Sawwirtschaft leben zu können, müssen wir haben! Darüber sollte jeder in den nächsten Tagen nach Berlin fahrende Prinzipal im klaren sein und deshalb alles zu tun bereit sein, um mit dem Krieg im Frieden, bei dem es sonderlich für die führenden Herren keine Vorbeeren zu holen geben dürfte, nun schnell ein Ende zu machen.

Ich bitte die geehrte Redaktion, mir für dieses Schlußmachen noch einige Winke mit dem Jaunplüchlichen nach rechts und links zu gestatten. Die Kriegslage des Tarifauschusses könnte ja selbst einen Rudenbeck in ihrer strategischen Anlage reizen. Der köstliche Raum des „Korr.“ soll dann von mir lange Schonzeit erfahren.

Berlin. (Generalversammlung des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker am 26. Januar 1919.) Die gutbesuchte Versammlung wurde durch den vom Kriegsbediente zurückgekehrten Vorherben Stenzhorn um 7 Uhr eröffnet. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß mit ihm so viele Kollegen glücklich heimgekehrt sind und wünschte allen ein frohes, neues Jahr. Dann dankte er dem Vorstande, der während der schweren Kriegszeit die Vertretung der Gehilfen führte. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorherben den verstorbenen Kollegen Franke und Schönburg, beide im Kriegslazarett gestorben, den Kollegen Fr. Renner und Faber anerkennende Worte. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Unter „Mitteilungen“ gedachte er des Jubiläums unfres Gewerkschaften. Viele Anfeindungen habe er über sich ergehen lassen müssen, doch behalte er in Berliner Gehilfenkreisen auch sehr viele Freunde, die seiner Arbeit die Achtung, die sie verdient, entgegenbringen. Möge er noch recht lange in voller Gesundheit und Frische usw. allen ein treuer Ratgeber bleiben. Hierauf kam der Vorherben auf die Lohnbewegung im Dezember vergangenen Jahres zu sprechen. Wenn sie auch nicht so ausgefallen ist, wie es viele der teuren Zeiten wegen wünschten, so kann man doch behaupten, daß durch die Einigkeit immerhin ein nennenswerter Erfolg erzielt wurde. Den Jahrsabschlussbericht erstellte stellvertretender Vorherben Vollinger. Während wir im November keine Arbeitslosen zu verzeichnen hatten und die Konjunktur als günstig zu bezeichnen war, traf im Dezember das Gegenstück ein. Wir hatten am 1. Dezember bereits 50 Arbeitslose, die heute die Zahl 80 übersteigen. Da aber noch viele Kollegen beim Militär sind, die in nächster Zeit zur Entlassung gelangen, wird sich diese Zahl von 80 Arbeitslosen noch bedeutend erhöhen. Die während der Kriegszeit eingestellten Hilfskräfte haben zwar laut Tarifratsbeschluss die Plätze für gelehrte Kräfte freizumachen, doch ist das so minimal, daß höchstens zehn bis zwanzig Kollegen untergebracht werden können. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 530 Mitglieder. Als gefallen sind gemeldet 57 Mitglieder. Den Kassenbericht gab Kollege Schmidt. Ihm wurde einstimmig Entlassung erteilt. Die sich hieran anschließende Diskussion über die Unterbringung der Arbeitslosen war sehr lebhaft. Es wurden viele Vorschläge gemacht, aber ein genereller Beschluss konnte in dieser schwierigen Frage nicht herbeigeführt werden. Der Vorstand wurde mit den nötigen Maßnahmen beauftragt. Der alte Vorstand, der nach Krieg amlierte, wurde einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung von kleinen Anfragen unter „Verschiedenem“ wurde die Versammlung geschlossen.

k. Reiffe. Aus dem Berichte, welchen unter Vorherben Kuntz in der Generalversammlung im Januar erstellte, sei hervorgehoben, daß es dem Ortsverein trotz seines sehr geringen Mitgliederstandes — es waren 25 Kollegen zum Militär eingezogen — möglich war, durch freiwillige Ertraktoren den Familien der eingezogenen verheirateten Kollegen eine laufende monatliche Unterstützung und den selbigen Kollegen Liebesgaben zukommen zu lassen. Die Gesamtlage ergab 478,80 Mk. Aus der Verbandsabgabe u. a. Kollege M. Kuntz als Vorherben und Kassierer hervor. Als Bezirksvorherben wurde Kollege Müller und als Bezirkskassierer Kollege Wagonow wiedergewählt. War der Mitgliederstand während des Krieges ein niedriger, so hat er sich doch inzwischen verdoppelt und wir wollen hoffen, daß der Ortsverein im November d. J. sein fünfundsiebenzigjähriges Stiftungsfest mit einer stattlichen Anzahl Kollegen feiern kann.

Neubabelsberg. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 27. Durch die Verbrennung des unglückseligen Meltenbrandes war es den meisten Kollegen wieder verpönt, bis zum Jahreschluss in unsere Reihen zurückzukehren, und so hatten wir am Schlusse des Jahres einen Mitgliederbestand von 47. Die Einführung der neuen Teuerungszulagen vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Der nun beendete Weltkrieg entriß uns sechs Kollegen, zwei werden vermisst und drei befinden sich noch in Gefangenschaft. An die Familien der eingezogenen Kollegen gab die Ortsverein seit Ausbruch des Krieges 2242 Mk. Die Versammlungen finden nun wieder alle vier Wochen statt. In seiner Versammlung am 1. Februar beschloß der Ortsverein die Abänderung folgender Resolution: „Die häufige Versammlung des Ortsvereins Neubabelsberg im Verbands der Deutschen Buchdrucker nimmt mit Unterstützung Kenntnis von den Anträgen der Prinzipalsvertreter zur Tarifauschulstung. Sie erblickt in dem beabsichtigten Abbau der Löhne im Buchdruckgewerbe, die ja sowieso nur ein Existenzminimum darstellen und teilweise unter den Erwerbslosenunterstützungslöhnen leben, einen Akt der Erblichkeit, der jeden Sinn für Gerechtigkeit vermissen läßt. Die Versammlung erwartet, daß die Funktionäre und Mitglieder des Verbandes mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diesem Akt auf unsere Existenz entgegenzutreten werden. Gleicher Protest trifft die Veröffentlichung des Tarikrats, wonach bei Entschuldigungen (Nachschick) der Grundlohn, bei Abzügen aber der Gesamtlohn als Grundlage dient. Ebenso die Verkleinerungen der Bestimmungen bei Verhinderung der Arbeitszeit unter 4, 5 und 6. Die Einseitigkeit dieser Bestimmungen läßt jede Rücksichtnahme auf Gehilfeninteressen vermissen und stellt die Parteilichkeit der Tarifinstitution stark in Frage.“

Ossenbach a. M. (Schriftleiter.) Am 27. Januar fand die Jahresversammlung unseres Vereins statt. Vorsitzender Adam Schäfer begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Kollegen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es immer so sein möge, wenn der Ruf zur Verammlung an die Kollegen ergehe. Hierbei gedachte er der dem Vorkommnisse zum Opfer gefallenen 14 Mitglieder, zu deren Ehren sich die zu wendenden von den Söhnen erhoben. Nun gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr wobei er die gemeinsamen Bemühungen, die der Ossenbacher Vorstand mit dem Frankfurter bei der Regelung der Feuerungsanlagen hatte, hervorhob. Inmitten Vorstehenden sowie dem hiesigen und dem Frankfurter Vorstände wurde in sehr anerkennenden Worten gedacht. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden u. a. gewählt: Kollege Adam Schäfer als erster Vorsitzender und Kollege Fritz Kehler als Kassierer.

S-g. Plauen i. V. Die letzten Versammlungen unseres Ortsvereins im Jahre 1918 wiesen erfreulicherweise wieder regeren Besuch auf; ein Zeichen, daß die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen reges Interesse am Ortsvereine bezeugen. Die meisten sind wieder in die alten Arbeitsstellen eingetreten. Trotzdem durch Neugründung der „Volkshilfe für das Volkland“ zwölf Kollegen von hier zur Einweisung gelangten, betrug die Zahl der Arbeitslosen zur Zeit immer noch 22. In den Sparten regt sich auch wieder neues Leben; als erste trat die Zeitung der Topographischen Gesellschaft mit einem Aufrufe zu neuer Betätigung hervor; mögen die übrigen (Maschinenfabrik, Maschinenmeister) bald ein gleiches zu tun in der Lage sein. Die den Gehilfen bewilligten neuen Feuerungsanlagen sind jetzt infolge mehrmaligen Vorstellungsverweises gezahlt bzw. nachgezahlt worden. Von zwei Abhängendruckereien mit etwa zehn Gehilfen wird die Zahlung noch vorenthalten mit der Begründung, daß erst nach dem Ansfelde des „Arbeitsblattes“ gezahlt werde. — Die Generalversammlung am 26. Januar, nachmittags, im „Schillerparken“ von 70 Kollegen besucht. Zum Vorstehenden wurde Kollege Richard Kober einstimmig wiedergewählt; Kollege William Meyer neugewählt; letzterer führte die Kassenangelegenheiten des Jahres bereits mehrere Jahre. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Verschiedene Mißstände in einer Druckerei wurden besprochen; diese werden das Schlichtsgericht beschäftigen. Leider hat unser Ortsverein 24 Opfer zu beklagen, die den Tod auf den Schlachtfeldern gefunden haben bzw. an den Folgen der sich im Felde zugezogenen Erkrankungen gestorben sind. Trotz vieler Bemühungen gibt es immer noch Kollegen, die die Versammlungen nicht besuchen; mögen diese Rufen nun einspringen und die entstandenen Lücken ausfüllen!

Pöfen. Die Feuerungsanlagen wurden hier anfänglich garnicht gezahlt, auf Vorstellungsverweises der Personale nur 6 Mk. wöchentlich mit Vorbehalt. Hierauf beschloß die Gehilfen in einer allgemeinen Versammlung, nochmals die Anlagen zu verlangen auf schriftlichem Wege mit befristeter Antwortzeit. Die eingeleiteten Verhandlungen brachten die volle Zahlung der Anlagen mit Nachzahlung ab 1. Januar, allerdings unter üblichem Protest.

Regensburg. Unsere Generalversammlung am 25. Januar hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Die 14 Tage vorher eintreffende außerordentliche Versammlung, die zu der neuen Feuerungsanlage Stellung nahm, war ebenso gut besucht, und es ist zu erwarten, daß nach dem Eintreten günstiger Arbeitsverhältnisse, wenn unser Ortsverein wieder über 200 Mitglieder zählen wird, ein noch stärkeres Interesse für die Organisation Platz greifen wird. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsitzenden Michael Schindler erstatteten die einzelnen Funktionäre die Jahresberichte. Wenn auch der Krieg infolge der geleisteten Unterstellungen unsere Massen stark mitnahm, so ist doch Hoffnung vorhanden, daß eine Steigerung des Ortsvermögens bald wieder eintreten wird. Das vom Vorstand aufgestellte Jahresbudget wurde von der Versammlung genehmigt mit dem Vorbehalte, daß die Arbeitslosigkeit nicht noch mehr überhand nimmt, wenngleich die Aussicht hierzu wenig ermunternd ist. Auch die von einigen Kollegen gestellten Anträge auf Änderungen von Ortsvereinsstatutenparagrafen fanden Gelingen. Erfreulich ist konstatierten zu können, daß der alte Vorstand fast einstimmig wiedergewählt wurde, abgesehen von einigen für als notwendig ergebenden Änderungen. Der Arbeitslosenzuschuß von täglich 50 Pf. wird vorläufig nicht mehr gewährt, solange die staatliche Unterstützung helfend eingreift. Der Krankenstand ist trotz der überaus schlechten Ernährungsverhältnisse in hiesiger Stadt nicht unbillig, was naturgemäß auf unsere Krankenzuschüsse wohlwendend gewirkt hat. Der Beitrag wurde auf 2,30 Mk. festgesetzt (Verbandskasse 1,50 Mk., Gaukasse 25 Pf., Ortsvereinsbeitrag mit Krankenzuschüsse 55 Pf.), um einen kleinen Fonds annehmen zu können, falls eintretende Fälle einen solchen erfordern sollten. Alles in allem genommen, es war eine kollegiale Jahresgeneralversammlung, die zu der Hoffnung berechtigt, daß in diesem Jahre die Kollegen sich recht eifrig der Organisationsarbeit annehmen werden.

Willingen. Die Generalversammlung unseres Ortsvereins am 20. Januar war vollständig besucht. Vorsitzender Seppeler begrüßte die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen und gedachte der neun Gefallenen u. a. 19 eingezogenen Kollegen. Bei der Vorstandswahl wurden die selberigen Mitglieder wiedergewählt. Die neuen Feuerungsanlagen wurden hier bis zur Generalversammlung noch nicht ausbezahlt, jedoch werden sich auch die hiesigen Prinzipale zur Bewilligung noch bequemen müssen. Mögen die Kollegen auch fernerhin ein reges Interesse für den Verband an den Tag legen.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Buchdrucker im Kommunaldienste. Der frühere Ortsvereinsvorsitzer in Meerane, Kollege Hermann Koch, jetzt Geschäftsführer der dortigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, ist am 3. Februar in Meerane zum Stadtverordnetenwahlkörper gewählt worden.

Die bösen Buchdrucker und die braven Spartaisten. Unter der Signatur „Die braven Buchdrucker“ reißt sich eine unbekannt paritätische Zeitschrift im Nr. 18 der „Roten Fahne“ wieder einmal an den Buchdruckern unter Bezugnahme auf die bevorstehende Tarifabschlussprüfung, und zwar mit ebensowenig Sachkenntnis wie Wahrheitsliebe. Daß der Kritikus dabei von vornherein zwischen einer Sitzung des Tarifausschusses und einer solchen des Tarifrates keinen Unterschied zu machen weiß, gehört zweifellos zur paritätischen Oberflächlichkeit im allgemeinen, daß ebenderelbe Sando Panza aber mit der Wahrheit nicht weniger auf dem Kriegsschiffe lebt als sein Original in der gloriosen Umgebung der bekannten Skulptur feudaler Knöcheligkeit, das beweist er durch seine äußerst verschrobene Beurteilung der Haltung der „braven Buchdrucker“ und des von ihm besonders ans Herz gewachsenen „Storr.“ Im Zusammenhange mit dieser Sitzung. Um die Sache kurz zu machen, drückt er nur einen kleinen Teil aus unserm Artikel im Nr. 13 ab, in dem wir die prinzipielle und sachliche Grundlage der Prinzipalsanträge zur bevorstehenden Tarifabschlussprüfung kurz skizziert haben; alles andre aber, und zwar in der Hauptsache das, was wir vom Gehilfenstandpunkt aus dazu zu sagen haben, unterschlägt der paritätische Volksaufklärer. Dadurch erst erhält der Wächter den seiner Natur entsprechenden trüben Ansehenschein und plätschert mit Wohlmut unter folgenden Gellensblättern darin herum: „Das haben die Gehilfen davon! Jahrzehntelang ist ihre Organisation und insbesondere der „Storr.“ vor dem Unternehmertum auf dem Bauche gekrochen. Jetzt kriegen sie die Fußstapfen dafür.“ Da haben wir den Salat! Was verständig ist einem echten Spartaisten, daß wir Buchdrucker schon zu Zeiten, als die meisten seiner heutigen Sportgenossen noch in den Windeln lagen, als Pionier der Arbeiter handelten. Wir warteten nicht, bis paritätische Romantiker die Welt mit Eisenbarikaden aus ihren Ohren zu heben versuchten. Still und zäh wurde ohne großes Lamtam am Aufbau einer festen gewerblichen Ordnung gearbeitet, die heute weit weniger von der Gehilfenchaft als vom Unternehmertum gefährdet ist, was ja schon zur Genüge deren Charakter als Frucht des Wandstreichens illustriert. Und vielleicht läßt sich der paritätische Freund der „braven Buchdrucker“ einmal von einem der jetzt obstruierenden Prinzipalsvertreter ein kleines Privatgespräch über die von ihm bewunderte Kunst des Wandstreichens der Gehilfenvertreter im Buchdruckergewerbe vor den Unternehmern halten. Ganz sicher würde er dann einen andern Begriff von der Buchdruckerchaft erlangen. Denn hier heißt es beweisen, beweisen und nochmals beweisen, daß man selbst etwas kann und weiß, daß man nicht nur ein Heiß im Schimpfen ist, wie z. B. der kritikalustige Spartaist, dem wir in dieser Hinsicht neidlos jeden Vorber überlassen.

Wer hasset für die Revolutionskämpfer? In den Berliner Magistrat werden gegenwärtig umfangreiche Entschädigungsansprüche gestellt, welche aus den Revolutionskämpfen hergeleitet und manchmal recht eigenartig begründet werden. Zum Beispiel fordert ein großes Berliner Zeitungsunternehmen, dessen Baualtenteilen durchaus nicht gekillten haben, Ersatz für entgangenen Gewinn, weil das Verlagshaus während der Revolutionskämpfe gewissermaßen blockiert war und die Zeitung nicht erscheinen konnte. Viele Schadenersatzansprüche stützen sich auf das sogenannte „Tumultgesetz“. Nach Ansicht des Magistrats kann jedoch dieses Gesetz auf die Revolution keine Anwendung finden, es ist vielmehr auf Ereignisse lokalen Charakters zugeschnitten. Der Berliner Magistrat steht auf dem Standpunkte, daß die Folgen der revolutionären Umwälzung sich dem Volksganzen mitteilen und daß nicht die Stadt Berlin, sondern Staat und Reich für die durch die Revolution entstandenen Schäden aufkommen müssen. Eine prinzipielle Entscheidung in dieser für Berlin außerordentlich wichtigen Frage dürfte daher in nächster Zeit zu erwarten sein.

Die Arbeitslosigkeit des graphischen Gewerbes im Dezember 1918. Von den graphischen Organisationen wurde dem „Reichsarbeitsblatt“ berichtet, daß die Buchdrucker im Dezember 12,1 Proz. Arbeitslosse hatten, gegen 0,3 Proz. im Dezember 1917. Die Buchbinder folgten mit 6,5 (November 2,7) Proz. und die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter mit 2,3 (0,9) Proz.

Der Geschäftsgang im Papier- und im graphischen Gewerbe. Auf Grund der an das „Reichsarbeitsblatt“ eingehenden Berichterstattung war die Geschäftslage der Papierfabriken im Monat Dezember 1918 wiederum schwach und unbilliger als im Vormonat und im Vorjahr. In Betrieben, welche Zeitungsdruckpapier herstellen, blieb die durch den Krieg verringerte Erzeugung auch im Berichtsmonate hinter dem Bedarfe zurück. Eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate fand nicht statt. Viele Fabriken waren gezwungen, den Betrieb wegen Kohlenmangels einzustellen. Vom Buchdruckergewerbe wird berichtet, daß die Beschäftigung wieder eingetrudelt werden mußte. Als Grund der unbilligen Beschäftigungslage werden außer dem Papiermangel die unklare politische Lage sowie die Zurückhaltung der Kundenkassen angeführt.

Der Arbeitsmarkt im Monat Dezember 1918. Laut Berichten von 25 Sachverbänden über 100629 Mitglieder

betrug die Arbeitslosenzahl Ende Dezember 86061 oder 5,1 Proz. Da der Prozentfuß im November 1,8 betrug, ist die Arbeitslosigkeit bereits im Dezember ganz gewaltig gestiegen. Im Dezember des Jahres 1917 war die Arbeitslosigkeit mit 0,9 Proz. angegeben worden. Die Zahl der Arbeitslosen, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, liegt beim männlichen sowohl wie beim weiblichen Geschlecht; denn bei den männlichen Personen kamen im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen 131 (gegen 74 im November) Arbeitslose und bei den weiblichen Personen 157 (gegen 101 im Vormonat). Auch im Vergleich zum Dezember 1917 ist diese Zahl beträchtlich gestiegen; auf 100 offene Stellen kamen im Vorjahre 54 männliche und 100 weibliche Arbeitslose. Die Zahl der männlichen Beschäftigten nahm im Berichtsmonat nach den Nachwehlungen der Ort-krankenkasse um 371655 oder 12,3 Proz. zu, während die weiblichen Beschäftigten um 199010 oder 6,6 Proz. abgenommen haben. Insgesamt liegt die Zahl der Beschäftigten um 172645 oder 2,9 Proz. Im November 1918 betrug die Zunahme der männlichen Beschäftigten 2,1 Proz., die Abnahme der weiblichen 1,8 Proz.; für den Monat Dezember des Jahres 1917 verzeichnete das „Reichsarbeitsblatt“ eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 1,4 Proz., der weiblichen Personen um 1,7 Proz.

Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern. Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung hat zu der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 unter dem 30. Januar eine Ausführungsverordnung erlassen. Danach haben die Rechtsnachfolger der früheren Arbeitgeber und diejenigen Personen, die auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder des Handelsgesetzbuchs für deren Verbindlichkeit haften, sofern sie den Betrieb fortführen, die Verpflichtung des § 1 des genannten Gesetzes, welcher die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer behandelt, zu übernehmen. Entsprechendes gilt bei einer mehrfachen Rechtsnachfolge oder einem mehrfachen Wechsel der nach den genannten Bestimmungen haftenden Personen. Eine Beschränkung der Haftung auf bestimmte Vermögensbestandteile kann nicht geltend gemacht werden.

Die Unternehmer wissen sich zu helfen. Ein privater Bürgerausschuß in Leipzig hat einen Plan ausgedacht, auf Grund dessen die gewaltigen Summen, welche gegenwärtig für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, reduziert und gleichzeitig eine Reihe von Arbeiten ausgeführt werden können, an deren Herstellung in Anbetracht der hohen Löhne nach Ansicht der Arbeitgeber zur Zeit nicht gedacht werden kann. Nach diesem Plane sollen den Unternehmern unter gewissen Vorbehaltungsregeln Lohnzuschüsse für solche Arbeitnehmer gewährt werden, die sie an einem bestimmten Stillstande beschäftigen und die sonst der Arbeitslosenunterstützung anheimfallen. Auf diese Weise würde die Unterstützung verbilligt, und der Arbeitgeber hätte für die in Betracht kommenden Leute nur einen Teil — die Hälfte oder ein Drittel — der Löhne zu zahlen. Wirtschaftliche Werte könnten dadurch geschaffen und das schwere Ubel der Arbeitslosigkeit mit seinen seelischen Schäden gemildert werden. Die derart umgewandelte Arbeitslosenunterstützung ist auf eine Frist von etwa sechs bis acht Wochen gedacht. Der an sich gut ausgelegte Plan beweist zuerkennbar, daß noch Arbeitsgelegenheit, wenn auch nicht in ausgedehntem Maße, vorhanden ist sowie daß die Arbeitgeber nicht gewillt sind, ausnahmsweise einmal mit etwas geringerem Profit vorliebzunehmen; sie möchten vielmehr aus der enormen Arbeitslosigkeit noch Kapital schlagen, indem sie ganz besonders billige Arbeitskräfte verlangen.

Die wahren Ursachen der Lohnforderungen. Klagen über hohe Arbeiterlöhne sind an der Tagesordnung, gegenwärtig sogar manchmal nicht ganz mit Unrecht, wie wir ohne weiteres zugeben wollen. Aber ganz entschieden muß immer wieder Verwahrung eingelegt werden gegen die Unterstellung, als seien die hohen Löhne die Ursachen der unerwünschten Preise für sämtliche Bedarfsartikel. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir lesen z. B. in der „Rheinischen Zeitung“, daß in Köln Ribbenbus zu Bucherpreisen von 2,50 bis 2,75 Mk. verkauft wird, während der Höchstpreis auf 56 Pf. festgelegt ist. Bedenkt man, daß der Höchstpreis noch ganz beträchtlich niedriger war, so kann man von einer Preissteigerung dieses gewiß behaupten einen Protantschub von rund 1000 Proz. sprechen. Viele enormen Preissteigerungen treffen aber auch auf andre wichtige — sogar rationierte — Lebensmittel zu; wir erkennen nur an Eier, Mehl usw., von Fleisch und Wäsche gar nicht zu reden. In dem Preisniveau, was darüber sind die Arbeiterlöhne gewiß als äußerst minimal zu bezeichnen.

Ein französischer General auf dem Arbeiterfusse. Der französische General der Lehungsgruppen in Saar-Louis hat einen Aufruf an die Arbeiter ergehen lassen, worin er ihnen die Schwerearbeiterzulage: Geld, Brot und Kartoffeln, verspricht. Er hat darin, die Arbeiter hätten sich so gut Lenommen, daß, wenn sie sich selber zu verhalten, er auch für weitere präzisierende Forderung mit Nahrungsmitteln sorgen werde. Wie Arbeiter von Saar-Louis sollten sich bei dem General einmal erkundigen, wie es mit der Wiedereinführung des Achtstundentages steht, der von der französischen Militärbehörde im Befehlungsgebiete bekanntlich aufgehoben wurde, und mit der Wiedereinführung der Claudanne.

Veränderte Beschäftigung der Behörden. Die Provinzial- und Reichsbehörden haben seit dem Ende des Jahres 1918 eine Reihe von Veränderungen in der Beschäftigung, z. B.: Ministerium des Innern, Staatsministerium, der Oberpräsident, der Regierungspräsident, Regierung, der Landrat, des Oberanwalts, des Landrates usw. Es emp-

